

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3369

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3369



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 6. 6. 2021

Inhalt

Eine Schule für die Schüler, nicht für Bildungsunternehmen wie Ectaveo!	1
4.6.2021, Marianne Wüthrich	1
Zu viel erfahrungsverdünnte Luft	3
Journal 21, 31.5.2021, von Carl Bossard	3
Kommentar	5
Streit um die KV-Reform spitzt sich zu	6
Tages-Anzeiger 3.6.2021, Wirtschaft, Jorgos Brouzos	6
KV darf nicht zur Sackgasse werden.....	8
NZZ 25.5.2021, Meinung & Debatte, Tribüne, Gastkommentar von Andri Silberschmidt.....	8
Zürcher Lehrer sollen mehr arbeiten	9
NZZ am Sonntag 23.5.2021, René Donzé	9
«Klassen werden immer heterogener»	10
NZZ am Sonntag 30.5.2021, Leserbriefe	10
Überleister und Langsamler	10
NZZ 29.5.2021, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Margrit Stamm	10
Haltungsnoten statt Leistungsmessung	13
Cicero, 20. Mai 2021, von Rainer Werner	13
Pro und contra «Schulfamilie»	15
NZZ 28.5.2021, Meinung & Debatte, Leserbriefe	15
Die Maskenpflicht an Schulen wirkt doch.....	16
Tages-Anzeiger 3.6.2021, Schweiz, Edgar Schuler	16

Eine Schule für die Schüler, nicht für Bildungsunternehmen wie Ectaveo!

4.6.2021, Marianne Wüthrich

Dass die geplante KV-Reform den Schülerinnen und Schülern, aber auch der Schweizer Wirtschaft grosse Nachteile brächte, darüber sind sich immer mehr Pädagogen sowie Unternehmer- und Lehrerverbände einig. Kein vernünftiger Mensch, kein Kenner der Berufsbildung kann wollen, dass die gute und bewährte KV-Lehre abgewirtschaftet wird. Kernfächer wie Deutsch oder «Wirtschaft und Gesellschaft» (Finanz- und Rechnungswesen, Rechts- und Volkswirtschaftslehre) in einzelne Häppchen aufzulösen und die Landessprache Französisch abzuschaffen, zudem die Lerninhalte durch sogenannte Handlungskompetenzen zu ersetzen, die sich die Jugendlichen selbst beibringen sollen – wer kann denn unserer Jugend so etwas zumuten?

Zur Einordnung der missratenen Reform aus pädagogischer und menschlicher Sicht überlassen wir zuerst Carl Bossard das Wort. Aus der Bildung der Person solle das «unternehmerische Selbst» werden, so beschreibt der erfahrene Pädagoge das absurde



Konstrukt. Was die jungen Leute von uns Erwachsenen in Wirklichkeit brauchen, sei unser Lehren und eine konsequente pädagogische Führung: «Wirkung gehe eben nie allein von Strukturen, sondern im Wesentlichen von Menschen aus.»

Wachsender Widerstand

«Handlungskompetenzen zu unterrichten, ohne vorgängig Grundlagen zu vermitteln, ist wie ein Dach zu bauen, ohne Mauern zu erstellen». Mit dieser Formulierung erfasst der «Zürcher Verband der Lehrkräfte in der Berufsbildung» den Kern der grundsätzlichen Kritik am pädagogisch nicht vertretbaren Umbau des KV («Streit um die KV-Reform spitzt sich zu»). Auch wird immer energischer dagegen protestiert, dass ausgerechnet bei der beliebtesten Schweizer Berufslehre das Prinzip der dualen Berufsbildung als Königsweg einer durchlässigen Bildung verlassen werden soll. Denn mit der Ausdünnung der obligatorischen Lerninhalte in der Grundbildung wäre der heute häufig genutzte Anschluss an die lernintensive KV-Lehre mit Berufsmaturität gefährdet («KV darf nicht zur Sackgasse werden»).

Eigentlich wissen wir um die Untauglichkeit des sogenannt kompetenzorientierten «selbstorganisierten Lernens» (SOL) schon seit unserem jahrelangen Kampf gegen den Lehrplan 21, dessen schädliche Folgen immer mehr Kinder zu spüren bekommen. Und diesen Irrweg soll nun auch die KV-Lehre beschreiten? Ähnlich wie beim Lehrplan 21 stellen auch hier die Verantwortlichen auf stur: Ein Neustart der Reform stehe nicht zur Diskussion, so die völlig inadäquate Antwort des «Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI)» an die vielen besorgten Kritiker.

Cui bono? Wem bringt die KV-Reform etwas?

Diese Frage wird in einem Kommentar von Andreas Venakis zu Carl Bossards Artikel beantwortet. Der Bund hat nämlich statt eines zwingend notwendigen pädagogischen Gremiums das Bildungsberatungs-Unternehmen *Ectaveo*, «das Lehrmittel, Weiterbildungs-Kurse für Lehrerinnen und Lehrer sowie eine webbasierte Lernplattform anbietet», mit der Reform beauftragt. Die Ähnlichkeiten des Vokabulars der *Ectaveo*-Webseite mit dem Entwurf des KV-Lehrplans seien beängstigend, so Venakis. Zudem stellt der Zürcher Berufsschullehrerverband fest, dass bekannt gewordene personelle Verknüpfungen zwischen der Auftraggeberin und der beauftragten Firma die Reform «in Schiefelage» bringen.

Nur damit es nicht vergessen geht: *Ectaveo* und andere Bildungs-Unternehmen sind – neben den Verwaltungsblasen in den Bildungsabteilungen des Bundes und der Kantone – die eigentlichen Nutzniesser der KV-Reform ebenso wie des Umpflügens der Volksschule.

Jetzt ist Gelegenheit, diesem Skandal wenigstens in Bezug auf das KV ein Ende zu setzen: Lassen wir nicht zu, dass die gut aufgestellte KV-Lehre kaputtgemacht wird!

Dauer-Baustellen auch in der Schweizer Volksschule – alle mit derselben Wurzel

Kurze Zusammenfassung der Misere: Den Zürcher Lehrerinnen und Lehrern sollen laut der Bildungsdirektion höhere Pensen aufgebremst werden – warum? Weil immer mehr Lehrkräfte aussteigen oder auf kleinere Pensen umsteigen – warum? Weil die Aufgaben der Klassenlehrerinnen in der Volksschule kaum mehr zu bewältigen sind: «Die administrativen Umtriebe werden immer grösser, die Klassen durch die übertriebene Integration von Förderschülern immer heterogener und die Absprachen zwischen den beteiligten Lehrkräften immer zeitaufwendiger», erklärt Hans-Peter Köhli in seinem Leserbrief. Deshalb, so der Zürcher Lehrerverbandspräsident Christian Hugi, reduzieren viele Lehrer ihr Pensum, «um sich vor Überlastung zu schützen». Und deshalb sollen die verbleibenden Lehrerinnen noch mehr arbeiten, so dass in der Folge noch mehr von ihnen aussteigen?



Da beisst sich die Katze in den Schwanz... Dann doch lieber wieder Kleinklassen einführen – danke für deine Hartnäckigkeit, Hans-Peter!

Und weil die Lehrkräfte ihre Herkules-Aufgabe kaum mehr bewältigen können, müssen die Eltern in den Ring steigen: Sie sollen das Lernen ihrer Kinder begleiten, deren Hausaufgaben kontrollieren, ihnen bei der Erstellung von Referaten und Power-Point-Präsentationen oder bei der Vorbereitung auf Prüfungen helfen. So beschreibt Margrit Stamm die unbefriedigende Situation in ihrem Kommentar «Überleister und Langsamler». Sie ortet das Problem in der «auf Erfolg getrimmten Konkurrenzgesellschaft».

Sicher stimmt das in manchen Fällen. Aber ehrlich gesagt: Wenn ich heutzutage Kinder hätte, die in Inklusionsklassen selbstorganisiert ihr Lernen auf die Reihe kriegen sollen, weil die Lehrerin nur noch coachen statt unterrichten darf und weil sie tatsächlich auch zu viel um die Ohren hat, um jedem Kind gerecht zu werden – dann würde ich meinen Kindern auch beispringen wollen. Und weil ich glücklicherweise nicht fremdsprachig oder «bildungsfern» bin, wäre ich dazu auch imstande. Ungerecht, aber real. Wenn ich dies nicht täte, könnte es so enden, wie Rainer Werner aus deutschen «Preisträger»-Schulen berichtet: Da wird viel «Kreativität» versprüht, aber nicht überprüft, ob die Schulabgänger einiges von dem gelernt haben, was sie brauchen, um ihre Zukunft zu bewältigen.

Eine verrückte Welt – wo es doch gar nicht so schwierig wäre, den Kindern etwas Sinnvolles beizubringen. Die Leute in den Bildungsverwaltungen und Lehrerausbildungsstätten müssten nur kapieren, was es braucht, damit die Kinder in der Schule etwas lernen. Damit zurück zum Anfang: zu Carl Bossards Aufruf, die «pädagogische Substanz der Probleme zu erfassen».

Die Redaktion wünscht viel Anregung bei der Lektüre.

Marianne Wüthrich

Zu viel erfahrungsverdünnte Luft

Journal 21, 31.5.2021, von Carl Bossard

Das KV wird radikal reformiert. Dagegen regt sich Widerstand. Auch von Banken, und zwar fundamental. Braucht es diese Strukturradikalität, um zu verbessern? Pädagogische Wirkung geht von Menschen aus.

Solche Töne hört man selten: Von einer Gefahr für den gesamten Berufsstand ist die Rede und von schwerwiegenden Mängeln. Gemeint ist die grundlegende Reform der KV-Lehre und die fundamentale Kritik der Schweizerischen Bankiervereinigung und des Zürcher Bankenverbands. Beide sehen mit dem Projekt „Kaufleute 2022“ die Zukunft der Banklehre gefährdet; sie verlöre an Attraktivität.¹ „Steht die Banklehre vor dem Aus?“, wird darum pointiert und provokativ gefragt.

Themenblöcke sollen Handlungskompetenzen vermitteln

Erst seit Kurzem sind die Konzeptdaten und die operativen Elemente öffentlich. Eine private Bildungsfirma hat die Reform ausgearbeitet; sie erfolgt primär auf der Strukturebene: Fächer wie Wirtschaft und Gesellschaft sollen wegfallen, Finanz- und Rechnungswesen sind nicht mehr zwingend. Von den Fremdsprachen ist nur noch eine nötig. Auch das Kerncurriculum Deutsch wird aufgelöst und von sogenannten „Handlungskompetenzen“ abgelöst. Die Fächer verschwinden zugunsten von Themenblöcken wie

¹ Jorgos Brouzos: *Banken protestieren gegen KV-Reform. In: Tages-Anzeiger, 18.05.2021, S. 9.*



„Gestalten von Kunden- und Lieferantenbeziehungen“ oder „Interagieren in einem vernetzten Umfeld“.

Gutes Lernen kombiniert zwei Elemente

KV-Lehrlinge sollen so vermehrt und gezielt auf den Alltag vorbereitet werden – nach den Parametern von Effizienz und Nützlichkeit: kompetenzorientiert, wie es in der Fachsprache heisst – und in selbstgeleiteter und selbstwirksamer Arbeit. Gefragt sind direkt anwendbare Kompetenzen. Dabei wird das optimistische Selbst zur Ressource seiner eigenen Wirksamkeit. Aus der Bildung der Person wird das „unternehmerische Selbst“. Wie es die Wirtschaft will.

Die Didaktik löst sich darum zunehmend in Selbstmanagement auf; die Rolle der KV-Lehrerinnen und -Lehrer verändert sich. Gefragt und entscheidend ist nicht mehr jene Lehrperson, die ein grosses Mass an themen- und sachbezogener Schüleraktivität mit einem hohen Grad an schülerorientierter Lehrersteuerung verbinden kann – wichtig wird der perfekte Arrangeur von Lernsituationen, entscheidend die blosser Lernbegleiterin. Vergessen geht, was zuverlässige Forschungsbefunde belegen: Erfolgreiches und wirksames Lernen kombiniert die zwei didaktischen Elemente lehrerzentriertes Lehren und schülerzentriertes Arbeiten – statt beide gegeneinander auszuspielen und das eine, das selbstgesteuerte Lernen, einseitig zu favorisieren.

Selbststeuerung erfreut sich ungebremster Popularität

„Das alles ist keine Re-Form, das ist eine De-Form“, schreibt ein engagierter KV-Lehrer. „Angehört worden sind wir nicht; unten können wir nur nachvollziehen, was oben ausgeheckt wurde“, meint er weiter und verweist auf die Maulkörbe, die verteilt worden sind. Nicht ohne resignativen Unterton. Er als Lehrer an der Front soll umsetzen, was ihm verordnet wird. Pädagogisches Erfahrungswissen würde schlicht negiert. Mit seiner Kritik steht er nicht allein. Sie ist an der Basis weit verbreitet. Hier im pädagogischen Feld wissen viele um die inhaltliche wie theoretische Unschärfe und Widersprüchlichkeit des Begriffs „selbstgesteuertes Lernen“ – im Gegensatz zu den Bildungsstäben. In diesen Etagen erfreut sich der Begriff ungebremster Beliebtheit – dies wohl deshalb, weil „Selbststeuerung“ Fortschritt suggeriert.

Wirkung geht von Menschen aus

Die Reform gehe darum von Voraussetzungen aus, die gar nicht gegeben seien, kritisiert ein anderer KV-Pädagoge. „Wie steht es mit den Grundkompetenzen“, fragt er vieldeutig, „beispielsweise dem korrekten und klaren Schreiben in der Standardsprache oder dem Lesen und Rechnen?“ Bei allzu vielen Schülerinnen und Schülern, die ins KV einträten, sei dieses Können nur unzureichend ausgebildet. „Und dies nach 9 Schuljahren, wohlverstanden!“, fügt er ernüchert hinzu – und erinnert damit an die Ergebnisse der PISA-Studien.

Die jungen Leute benötigten unsere Hilfe; sie bräuchten unser Lehren und seien auf konsequente pädagogische Führung angewiesen, betont er. Die Erfahrung zeige es. Wirkung gehe eben nie allein von Strukturen, sondern im Wesentlichen von Menschen aus. Nur im engen Dialog erzielten die Schüler Lernfortschritte – angeleitet und so zur Selbständigkeit geleitet. Autonomie sei das Ziel, aber nicht der anfängliche Weg im KV. Und genau das propagiere die Reform mit der Auflösung der Fächer und dem selbstorientierten Lernen.

Reformschritte mit Basis statt technokratischer Innovationsdiskurs

Wer die Reaktion der Verantwortlichen auf die Kritik an der Basis studiert, stösst auf drei Antworten: Die Ausbildung müsse arbeitsmarktfähig bleiben und darum den Bezug zur Betriebspraxis eng gestalten; die Berufszukunft der jungen Menschen verlange es. Nur so sei drittens der Wirtschaft gedient. Die Kompetenzorientierung entspreche im Übrigen den



Anforderungen des Berufsfelds und den Tendenzen in der Schweizer Bildungslandschaft. Kaum zu vernehmen sind Bildungsargumente und Belege aus der empirischen Unterrichtsforschung. Fortschrittskonzepte und die zweifellos notwendigen Reformschritte müssten doch aus dem genuinen Ideenhaushalt der Pädagogik kommen; sie müssten auf dem langjährigen Know-how erfahrener KV-Lehrer aufbauen und nicht über ein radikales Innovationsdiktat aus einem engen und abgeschlossenen Zirkel kommen, wie dies bei der KV-Reform „Kaufleute 2022“ der Fall ist.

Unbekannte Reformeffekte

Erneut wird viel versprochen. Aus der Forschung wissen wir aber, dass man die Effekte solcher Reformen im Bildungswesen nicht kennt. Es gibt, so der Bildungsökonom Stefan Wolter, Leiter der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung, „so gut wie keine wissenschaftlichen Studien über ihre Wirkung. [...] Ja, das ist vernichtend, aber es ist so“, fügt er nüchtern hinzu.² Dabei sind es allein in den letzten zwanzig Jahren schweizweit Hunderte von Reformprojekten.

Ob durch die ungezählten Innovationen in den Schulen tatsächlich etwas besser wurde, kann niemand gesichert belegen. Eine deutliche Sprache reden nur die PISA-Studien: Seit 2009 geht es mit den Leistungen der Schweizer Jugendlichen im Lesen, in der Mathematik und in den Naturwissenschaften bergab. In der Lesekompetenz sind sie sogar deutlich unter die Durchschnittswerte der OECD-Staaten gefallen und klar hinter unsern nördlichen Nachbarn Deutschland.

Die pädagogische Substanz der Probleme erfassen

Und noch etwas wissen wir: Das Hypertrophe der Versprechungen rächt sich vielfach mit der Resignation an der Basis. Es ist eine Art entfremdete Getriebenheit, die sich hier einstellt. Geführt wird von oben ein technokratischer Reformdiskurs, der sich zunehmend als unfähig erweist, die pädagogische Substanz der Probleme zu erfassen. Das KV ist – leider – kein Einzelfall.

Kommentar

Andreas Venakis - 31.05.2021 14:33

Vor wenigen Tagen stand auf der Webseite des Journal 21 sinngemäss folgendes Zitat: "Bildung kommt nicht vom Lesen, sondern vom Nachdenken über das Gelesene."

Unsere Schülerinnen und Schüler brauchen Zeit und Raum, Gelesenes mental zu verarbeiten, um sich in einem zweiten Schritt auch eine eigene, d. h. begründete Meinung/Haltung zuzutrauen. Diese fundamentale Kulturtechnik ist auch mit den schönsten Reform-Vokabeln nicht herbeizureden. Bildung – meinetwegen auch Ausbildung – ist nicht etwas, das per DNA von einer Generation an die nächste weitergereicht wird. Jeder muss sich das Wissen erarbeiten, das frühere Generationen als relevant erachtet haben und weiterhin erachten. Man kann dieses Wissen bei den Jugendlichen nicht einfach voraussetzen und ihnen sagen: "So, jetzt arbeitet mal an euren Handlungskompetenzen und reflektiert eure Überlegungen."

Ebensowenig wie wir als Individuen als aufgeklärte und emanzipierte Bürgerinnen und Bürger auf die Welt kommen, nur weil in unseren Breitengraden vor etwa 200 Jahren die Epoche der Aufklärung Halt gemacht hat, kann man von jungen Menschen verlangen, dass sie Ihre Bildung sozusagen selber in die Hand nehmen und dort weiterfahren, wo wir zur Zeit unserer Ausbildung stehen geblieben sind. Aber genau dies fordert diese KV-Reform: Unter dem Vorwand, das Beste für die Lehrlinge zu wollen; unter dem nicht

² Martin Beglinger: „Das ist vernichtend“. In: NZZ, 31.08.2018, S.53.



unberechtigten Anliegen, die Sinnhaftigkeit der Ausbildung dadurch deutlich zu machen, dass man die sogenannten Lernsituationen stärker an den Berufsalltag (wessen Berufsalltag?) orientiert; mit dem nicht so neuen Ziel, die Lehrlinge für die Zukunft bereit zu machen – mit diesen und anderen Begründungen werden die Anforderungen an jene, in deren Namen man Bildungspolitik betreibt, nach unten verschoben statt nach oben. (Warum eigentlich keine 4-jährige Ausbildung statt einer verwässerten 3-jährigen? Warum weniger Sprach-Kenntnisse statt mehr?)

Noch ein paar Sätze zum Verlauf der Reform:

Das vom Bund mit der Reform beauftragten Bildungsberatungs-Unternehmen ist in Personalunion auch ein Bildungs-Unternehmen, das Lehrmittel, Weiterbildungs-Kurse für Lehrerinnen und Lehrer sowie eine webbasierte Lernplattform anbietet – dies alles war bereits zu einem Zeitpunkt auf die in den letzten Monaten bekannt gewordenen Ziele der Reform massgeschneidert, als kaum jemand von uns Lehrkräften auch nur wusste, dass eine Reform ansteht.

Man vergleiche das Vokabular der Reform und das Vokabular des sogenannten nationalen Lehrplans KV einerseits mit jenem auf der Webseite des Bildungsunternehmens andererseits. Die Ähnlichkeiten sind verblüffend, um nicht zu sagen: beängstigend. – aber solche Parallelen fallen einem nur auf, der ... siehe obiges Zitat.

Damit ich nicht missverstanden werde: Jemand wird an Lehrmitteln und Weiterbildungskursen immer verdienen. Daran ist nichts auszusetzen. Als Liberaler kann man diese Situation grundsätzlich und bedenkenlos gutheissen. Wenn aber ein Bildungsberatungs-Unternehmen anlässlich einer Reform diese bis in den sprachlichen Duktus der Lehrpläne hinein beeinflusst, dann muss ich als Bürger ein Ausrufezeichen setzen.

Disclaimer: Ich bin weder Lehrmittel-Autor, noch habe ich die Absicht in Zukunft Lehrmittel zu schreiben.

Streit um die KV-Reform spitzt sich zu

Tages-Anzeiger 3.6.2021, Wirtschaft, Jorgos Brouzos

Berufsschullehrer begehren auf Der Zürcher Verband der Lehrkräfte in der Berufsbildung fordert einen Neustart des Projekts Kaufleute 2022. Beim Bund will man davon nichts wissen. Nun könnte der Start der neuen KV-Stifti später erfolgen.

Der Chor der Kritiker der KV-Reform ist um eine gewichtige Stimme reicher: Nun bemängelt auch der Zürcher Verband der Lehrkräfte in der Berufsbildung die geplante Reform der kaufmännischen Lehre. «Die Umsetzung würde die KV-Lehre banalisieren und in eine Sackgasse ohne sinnvolle Anschlussmöglichkeiten führen», schreibt der Verband in einer Mitteilung. Dabei ist das KV mit jährlich rund 13'000 neuen Lehrverträgen bei den Jugendlichen die beliebteste berufliche Grundausbildung.

Damit gewinnt die Kritik an der KV-Reform neue Schubkraft: Denn sie kommt nun nicht mehr nur von den Ausbildungsbetrieben, sondern auch von den Lehrern - und damit von zwei der wichtigsten Parteien, die die Reform am Ende tragen müssen.

«Ein Dach bauen, ohne Mauern zu erstellen»

In den vergangenen Wochen forderten immer neue Stimmen Verbesserungen an dem enorm wichtigen Ausbildungsvorhaben mit dem Namen Kaufleute 2022. Dazu gehören die Bankiervereinigung, der Zürcher Bankenverband oder auch der Arbeitgeberverband Basel,



die Handelskammer beider Basel oder FH Schweiz, der Verband der Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen.

Sie kritisieren, dass Fremdsprachen an Bedeutung verlieren würden, klassische Fächer durch Handlungskompetenzen ersetzt würden oder unklar sei, wie die Lehre künftig mit der Berufsmatur vereinbar sein soll.

Andere sehen den Zeitplan als zu ambitioniert an, weil sich die Ausbildungsbetriebe nicht mehr rechtzeitig auf die Reform einstellen können, und fordern einen späteren Start. Die Reform sollte eigentlich dieses Jahr in Kraft treten. Ab Sommer 2022 sollen dann die ersten KV-Stifte nach dem neuen System ausgebildet werden.

Am fundamentalsten ist jedoch die Kritik der Zürcher Berufsschullehrer: Sie fordern gleich einen kompletten Neustart der Reform. Zu viel liege im Argen. «Handlungskompetenzen zu unterrichten, ohne vorgängig Grundlagen zu vermitteln, ist wie ein Dach zu bauen, ohne Mauern zu erstellen», schreiben sie in der Mitteilung.

Beim Bund will man davon nichts wissen. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) verbreitet stattdessen Durchhalteparolen: «Ein Neustart der Reform steht nicht zur Diskussion», sagt Simone Keller, Sprecherin des SBFI. Die Arbeiten an der Reform neigten sich nun dem Ende zu und dies mit «innovativen, soliden und erfreulichen Ergebnissen». «Einem baldigen Erlass der Verordnung steht vor diesem Hintergrund nichts im Wege», sagt Keller.

Immerhin scheint das Startdatum nicht mehr in Stein gemeisselt. «Das genaue Inkrafttreten, ob 2022 oder 2023, hängt von diversen Parametern wie der Verfügbarkeit der erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen seitens der Kantone ab und wird unter den Verbundpartnern der Berufsbildung zurzeit geklärt», führt Keller aus.

Offenbar laufen derzeit Gespräche, um die strittigen Punkte zu klären. Niemand wolle die Reform gefährden, zu viel stehe auf dem Spiel, so ein Kenner der Vorgänge. Man wolle aber einfach eine KV-Lehre, die auch funktioniere. Dass jetzt die Kritik so gross sei, hänge wohl damit zusammen, dass der Inhalt der Reform wichtigen Parteien zu lange nicht bekannt gewesen sei.

«Wie bei jeder Reform werden alle Berufsbildungspartner in den Prozess miteinbezogen. Die Berufsbildung funktioniert nur dank einer guten Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten, und Lösungen werden im Konsens gefunden», entgegnet SBFI-Sprecherin Keller.

Die Zürcher Berufsschullehrer glauben, dass die Reform auch wegen einer heiklen Verbindung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer in Schieflage geraten sei. Der Auftrag für die Reform ging von der Trägerin der KV-Lehre, der Schweizerischen Konferenz der kaufmännischen Ausbildungs- und Prüfungsbranchen (SKKAB), an die Firma Ectaveo, die auf Bildungsprojekte spezialisiert ist.

Kernelemente der Reform kaum mehr zu verändern

Laut dem Zürcher Berufsschullehrer-Verband (ZLB) ist es «stossend», dass ein Vorstandsmitglied der SKKAB zu Ectaveo gewechselt habe, nachdem die Trägerin der Lehre den lukrativen Reformauftrag an Ectaveo vergeben habe.

Roland Hohl, Geschäftsführer der SKKAB, sagt dazu: «Die diffamierenden, auf einzelne Personen fokussierten Feststellungen des ZLB entbehren jeglicher Grundlage.» Alle Entscheide seien durch den Vorstand vorbereitet und durch die Delegiertenversammlung verabschiedet worden. «Das gilt auch für die Wahl der pädagogischen Begleitung durch die Ectaveo AG», so Hohl. Wie gross der Auftrag ist, den die SKKAB an Ectaveo vergeben hat, geben beide Parteien nicht bekannt.



Einzig der Bund legt offen, dass er die Reform der KV-Lehre mit einer Zahlung von 1,2 Millionen Franken an die SKKAB unterstützt hat. Mit der Arbeit der SKKAB ist man dort zufrieden. «Die SKKAB nimmt ihre Rolle als Trägerin der beruflichen Grundbildung wahr», sagt Keller vom SBFJ.

Damit zeichnet sich ab, dass die Reform in ihren Kernelementen kaum mehr zu verändern sein dürfte, zu weit ist das Projekt fortgeschritten. Sicher scheint damit aber auch, dass nach Inkraftsetzen der neuen KV-Lehre die Verbesserungsarbeiten daran weitergehen. Damit droht die KV-Lehre zur Dauerbaustelle zu werden.

KV darf nicht zur Sackgasse werden

NZZ 25.5.2021, Meinung & Debatte, Tribüne, Gastkommentar von *Andri Silberschmidt*

Es ist essenziell, dass Ausbildungen mit der Zeit gehen und deshalb immer wieder überarbeitet werden. Die KV-Lehre ist einer der grössten Bereiche der Berufsbildung – und eine der wichtigsten Zubringerinnen der Fachhochschulen. Eine Reform ist nötig, darf den Übertritt an weiterführende Schulen jedoch nicht gefährden; das wäre eine enorme Qualitätseinbusse und würde der Berufsbildung schaden. Heute muss man effizient, agil und flexibel arbeiten können. Es ist deshalb wichtig, wo immer möglich den administrativen Aufwand zu verringern.

Das sieht auch die KV-Reform vor. Sie will vor allem die Handlungskompetenzen stärken. Das ist für die Zukunft zentral, denn diese bleiben relevant. Das bestätigt die neue Kompetenz- und Lohnstudie von FH Schweiz, dem Dachverband der Fachhochschulabsolventen. Allerdings darf bei all den Bemühungen das schulische Niveau nicht vergessen werden. Die Reform sieht vor, dass Fächer wie Wirtschaft und Gesellschaft wegfallen sollen. Fächer wie Finanz- und Rechnungswesen müssten nicht mehr zwingend belegt werden. Diese fachlichen Grundlagen sind jedoch unabdingbar, um die Wirtschaft und das Weltgeschehen zu verstehen. Sie bilden das Fundament für das lebenslange Lernen. Die Berufsmaturität, die Fachhochschulen, die höhere Berufsbildung, die Universitäten: Alle weiterführenden Aus- und Weiterbildungen bauen auf diesem Fundament auf. Fällt es weg, ist die schulische Weiterentwicklung nicht mehr sichergestellt, und die Durchlässigkeit ist in Gefahr. Um Wissen anwenden zu können, muss es zuerst erworben werden. Zudem brauchen Lernende Begleitung und gewisse Anweisungen.

Die Reform möchte, dass die Lernenden vor allem das lernen, was sie im Ausbildungsbetrieb benötigen. Das schränkt jedoch klar die Flexibilität ein, nach der Lehre einen Betriebs- oder Branchenwechsel zu vollziehen. Die Vorschläge, wie der Spracherwerb geregelt werden soll, gefährden ebenso den reibungslosen Übertritt an weiterführende Schulen. In der Anhörung zur KV-Reform wurden zwei Varianten bezüglich Fremdspracherwerb dargelegt. Der Originaltext sieht vor, dass nur eine Fremdsprache obligatorisch ist. Dies kann je nach Kanton eine Landessprache oder auch Englisch sein. Englisch könnte nur als Wahlpflichtfach gewählt werden. Englisch ist jedoch für Betriebe und den Übertritt in die Berufsmittelschule sowie für tertiäre Ausbildungen wichtig.

Unterdessen wurde das Problem erkannt. Eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe hat ein Konzept erarbeitet, welches vorsieht, dass zwei Fremdsprachen obligatorisch sind. Mindestens eine davon muss eine Landessprache sein. Die vorgeschlagenen Verbesserungen sind begrüssenswert, denn mangelnde Sprachkenntnisse sind Stolpersteine auf dem Karriereweg unseres Nachwuchses.

Nicht zuletzt ist noch nicht geklärt, wie die Berufsmaturität in die Lehre eingegliedert



werden soll. Die Berufsmaturität während der Lehre muss weiterhin integriert machbar sein und den Anforderungen der Fachhochschulen entsprechen. Ohne sie würde die Berufsbildung massiv an Attraktivität einbüßen.

Eine Weiterentwicklung der KV-Lehre muss sein. Sie sollte jedoch den Jugendlichen attraktive Perspektiven bieten und das KV nicht in eine schulische Sackgasse umwandeln. Zum Glück gibt es Anhörungen, welche die Sicht der verschiedenen Stakeholder einbeziehen und die Verbesserung eines Grundkonzeptes zulassen.

Andri Silberschmidt ist Präsident von FH Schweiz, nationaler Dachverband der Fachhochschul-Absolventinnen und -Absolventen, und Zürcher FDP-Nationalrat

Zürcher Lehrer sollen mehr arbeiten

NZZ am Sonntag 23.5.2021, René Donzé

Der Lehrermangel spitzt sich zu. Nun ruft der Kanton Zürich zu höheren Pensen auf. Der Verband wehrt sich.

Die Freude war von kurzer Dauer: Die Situation am Pädagogik-Stellenmarkt hatte sich 2020 entspannt. Wohl wegen Unsicherheiten in der Corona-Krise blieben mehr Lehrer ihrer Stelle treu als sonst. Jetzt aber sind im Kanton Zürich fürs neue Schuljahr noch 550 Stellen unbesetzt – 80 mehr als im Frühling 2019. Im Kindergarten und in der Primarschule herrscht laut Bildungsdirektion eine angespannte Lage. Noch prekärer ist sie in der Heilpädagogik.

Das hat mit dem Kinderboom zu tun. Seit 2012 ist die Schülerzahl um 20000 auf 150000 gestiegen. Es liegt aber auch daran, dass viele in diesem Beruf Teilzeit arbeiten. Der Beschäftigungsgrad beträgt im Schnitt 69 Prozent. Erschwerend kommt dazu, dass heute die Lehrpersonen nicht mehr für alle Fächer ausgebildet seien, sagt Sarah Knüsel, Präsidentin des Zürcher Schulleiterverbandes. Man müsse «jedes Jahr ein unglaubliches Puzzle zusammenbauen», sagt sie.

Nun bittet der Kanton die Gemeinden, auf höhere Pensen hinzuwirken. Laut Amtsleiterin Myriam Ziegler will man die Gemeinden als anstellende Behörden sensibilisieren und ihnen «den Blick auf das gesamte Schulsystem öffnen». Ihre Rechnung: Würde der Beschäftigungsgrad um durchschnittlich ein Prozent wachsen, würden 250 Stellen gespart. «Das Volksschulamt empfiehlt deshalb, diese Massnahmen zusammen mit den Lehrpersonen anzugehen und mittel- und längerfristig zu planen und umzusetzen», schreibt das Amt.

Christian Hugli, der Präsident des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbands, spricht von «Pflästerlipolitik». Das Problem sei die Überzeit: «Viele Lehrpersonen reduzieren ihr Pensum, um sich vor Überlastung zu schützen.» Der Grund für diese strukturell bedingte Mehrarbeit liege in den vielen Absprachen im Team und den heterogenen Klassen, was mehr Zeitaufwand pro Kind bedeute. Dazu komme, dass die Klassen im Kanton Zürich grösser seien als im Rest der Deutschschweiz. Den Lehrern müsste mehr Zeit für solche Tätigkeiten zugesprochen werden, fordert er. Demgegenüber sagt Volksschulamtschefin Ziegler, dass solche Entlastungen die angespannte Personalsituation zusätzlich verschärfen würden.

Der Mangel an Lehrkräften besteht in der ganzen Schweiz, weil die Kinderzahlen steigen und die Lehrer der Babyboomer-Generation in Pension gehen. «Es muss alles unternommen werden, um Attraktivität und Ansehen des Lehrerberufs zu steigern», sagt Dagmar



Rösler, Präsidentin des Schweizer Lehrerinnen-und-Lehrer-Dachverbandes LCH. Gerade in der Corona-Krise habe sich gezeigt, wie wichtig die Arbeit der Lehrpersonen sei.

«Klassen werden immer heterogener»

NZZ am Sonntag 30.5.2021, Leserbriefe

«Zürcher Lehrer sollen mehr arbeiten» NZZ am Sonntag vom 23. Mai

Was in diesem Artikel steht, überrascht viele Insider mitnichten. Die Präsidentin des Schulleiterverbandes findet es mühsam, dass die Lehrkräfte an der Pädagogischen Hochschule nicht mehr für alle Fächer ausgebildet werden. Da hat sie völlig recht! Warum hat man das überhaupt eingeführt? Und warum hat sich niemand dagegen gewehrt?

Weiter will man all die vielen teilzeitbeschäftigten Lehrpersonen dazu auffordern, mehr Stunden zu übernehmen. Der Präsident des Lehrervereins weist bei diesem Punkt auf die stark gewachsene Belastung der Lehrerinnen und Lehrer hin. Auch er hat recht!

Die administrativen Umtriebe werden immer grösser, die Klassen durch die übertriebene Integration von Förderschülern immer heterogener und die Absprachen zwischen den beteiligten Lehrkräften immer zeitaufwendiger. Warum führt man nicht endlich wie in Basel wieder Kleinklassen ein, um eine der Hauptursachen dieser Misere zu eliminieren? Hier müssten Lehrerverein und Schulpflegen meines Erachtens viel mehr Dampf aufsetzen und sich nicht weiter von ein paar Leuten mit weltfremden Theorien drangsalieren lassen.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Die Lehrerinnen und Lehrer klagen über eine wachsende Belastung. Schön, dass der Präsident des Lehrervereins die Dinge beim Namen nennt. Viele Lehrpersonen ärgern sich über die ständigen Verpflichtungen nebst dem eigentlichen Unterricht, welche enorm Zeit wegfressen. Schon die ganze «Teamkultur» mit oft total überflüssigen Sitzungen, Konferenzen und Diskussionen fällt ins Gewicht, und sehr mühsam und langwierig können auch Besprechungen zwischen den an einer Klasse beteiligten Lehrkräften werden. Besonders belastend erweist sich oft die Betreuung von integrierten Förderschülern, über die sich Klassenlehrerin, Therapeutin, Eltern und eventuell sogar noch weitere Personen regelmässig austauschen müssen, wenn sie denn endlich einen allen passenden Termin gefunden haben.

Und gerade durch diese Schüler werden die Klassen zudem immer heterogener. Vernünftigerweise wäre es an der Zeit, dieses Integrationssystem zu hinterfragen.

Bruno Pfister, Galgenen (SZ)

Überleister und Langsamler

NZZ 29.5.2021, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Margrit Stamm

Die auf Erfolg getrimmte Konkurrenzgesellschaft droht Kinder und Eltern mehr und mehr zu überfordern. Dabei sind weder Intelligenz noch Schulnoten das Mass aller Dinge, sondern die authentische Entwicklung des Heranwachsenden.

Mama und Papa sind die überehrgeizigen Schuldigen, welche ihren Nachwuchs ins Gymnasium pushen und um jeden Preis seine Leistungsfähigkeit maximieren wollen.



Deshalb schleifen sie ihn so lange, bis er ihren Vorstellungen entspricht.

Diese These ist verbreiteter denn je, trotzdem ist sie zu einseitig. Das Hauptproblem liegt nicht in erster Linie bei Vätern und Müttern, sondern eher in der Hochleistungsgesellschaft. Als deren Abbild setzt das Bildungssystem auf immer höhere Bildungsabschlüsse und betont gleichzeitig die «verantwortete Elternschaft», das heisst, dass Eltern die Leistungsbereitschaft des Nachwuchses fördern und kontrollieren sollen. Dazu gehören die Begleitung oder sogar die Kontrolle von Hausaufgaben, die Unterstützung bei der Erstellung von Referaten und Power-Point-Präsentationen oder die Vorbereitung auf Prüfungen. Dass manche Mütter und Väter deshalb ihre Antennen dauernd ausgefahren haben und sich permanent in Startposition bringen, wirkt wie eine logische Reaktion auf solche Erwartungen.

Durchschnitt geht nicht mehr

Optimierung hat das Schicksal abgelöst, das Durchschnittliche wird kaum mehr toleriert. Das ist keine Weisheit, die Eltern erfunden haben, sondern ein Entwicklungsimperativ unserer Gesellschaft, dem sich zu entziehen schwierig geworden ist. Manche Mütter und Väter schicken sich fast unhinterfragt in die ihnen zugedachte Rolle als Maximierer der kindlichen Entwicklung.

Das ist kaum erstaunlich, werden sie doch für alles verantwortlich gemacht. Eltern-Determinismus ist der wissenschaftliche Begriff dafür. Gemeint ist damit die Vorstellung, dass die Leistungsfähigkeit des Kindes und die Fähigkeit der Eltern, «gute» Eltern zu sein, kausal verknüpft sind. Zeigen sich Probleme in der kindlichen Entwicklung, ist das Elternhaus schuld. Deshalb liegt der Fehler dort, wenn sich der Schulerfolg nicht wie erwartet einstellt. Ist das Kind hingegen frühreif oder leistungsfähig, dann gilt dies als besonderes Verdienst der Eltern.

Das Bildungssystem beschleunigt diesen Eltern-Determinismus. Vier Beispiele: die frühe Förderung als gezielte Schulvorbereitung, die Verschulung des Kindergartens, der fixe Blick auf Noten als Leistungsprodukte sowie der Trend zur Akademisierung.

Frühe Förderkurse haben Hochkonjunktur und ebenso die Werbung dafür. Dahinter verbirgt sich die Philosophie, dass Kinder nahezu alles lernen können, wenn es nur gut arrangiert ist. Schon für die Allerkleinsten gibt es Lern-DVD mit vielversprechenden Namen wie «Baby-Einstein». Dass solche Kurse oft schon lange im Voraus ausgebucht sind, ist nachvollziehbar. Denn die Werbung der Anbieter ist meist mit düsteren Zukunftsaussichten verbunden: Was Hänschen nicht lernt, wird für Hans nimmermehr der Fall sein können. Darum soll die frühe Kindheit zu einem Treibhaus werden, in dem man jedes Kind nach Belieben wie einen Diamanten schleift, um es maximal leistungsfähig zu machen.

Der nächste Schritt ist der Eintritt in den obligatorischen Bildungsraum – sprich den Kindergarten. Hier wird zum ersten Mal deutlich, was das Bildungssystem von Kindern erwartet. Kaum mehr im freien Spiel sollen sie sich entfalten, sondern in einer schulähnlich organisierten und durchdidaktisierten Lernkultur. Dies wäre an sich noch nicht problematisch. Fragwürdig scheint vor allem die zunehmende Tendenz, dass die «Leistung» der Kindergärtler mit mehrseitigen Standortbestimmungen «gemessen» und in Elterngesprächen besprochen wird.

Im Kompetenzraster

Bildungsverantwortliche unterstreichen zwar, dass solche Kompetenzraster allein der Entwicklungsförderung des Kindes dienen sollen. Doch bei vielen Eltern kommt diese Massnahme als kindliche Vermessung an, die sie mit der Frage verbinden: Sind die anderen Kinder besser als unser Kleiner? Oder müssen wir ihn noch mehr optimieren? Somit ist es keineswegs überraschend, wenn sich Mütter und Väter ab dem Kindergarten



für den Schulerfolg ihres Kindes mitverantwortlich fühlen und auf Unterstützungsmassnahmen pochen, wenn es als etwas langsamer, verträumter und verspielter als die anderen Kinder eingeschätzt wird.

Hinzu kommen die Testkultur in den Schulen und der Fokus auf das Leistungsprodukt, die Noten. Darum konzentrieren sich viele Elternhäuser auf die Noten des Sprösslings, aus denen sie seine Fähigkeiten ablesen, und setzen ihn nicht selten unter Druck.

Glücklicherweise gibt es Leuchtturmschulen, welche sich eher an intrinsisch motivierten Lernprozessen und überfachlichen Kompetenzen wie Selbstorganisation, Beharrlichkeit und Frustrationstoleranz orientieren. Trotzdem schaffen die Flut testorientierter Massnahmen und die Fixierung auf Noten einen nicht zu übersehenden Konkurrenzdruck. Das Bildungssystem erweckt damit den unbeabsichtigten Eindruck, Noten und Testleistungen seien für einen erfolgreichen Übertritt in eine höhere Bildungsstufe viel wichtiger als alle anderen Kompetenzen.

Damit verbunden ist der vierte Punkt, der Trend zur Akademisierung. Wer Kindergärtner oder Hebamme werden will, braucht eine Matura. Die Mehrheit internationaler Unternehmen will nur noch Leute mit einem Hochschulabschluss einstellen. Parallel dazu sind viele Abschlüsse entwertet worden. Realschulzeugnisse zählen weniger als noch vor ein paar Jahren. Auch Studienabschlüsse sind zwar wichtiger, aber weniger wert. Ein Bachelor ist Voraussetzung für viele Berufe, aber längst keine Karrieregarantie mehr.

Statussymbol Gymnasium

Diese Entwicklung ist unter anderem eine Ursache dafür, weshalb in manchem Elternhaus das Gymnasium zum Statussymbol geworden ist und als Wettbewerbsvorteil gilt. Deshalb müssen die Noten im Quervergleich mindestens gleich gut oder besser sein als die Noten der anderen. Und um besser zu sein, braucht es überdimensionierte Anstrengungen mit dem Ergebnis, dass sich manche Kinder zu Überleistern entwickeln sollen.

Überleister sind solche, die mehr leisten müssen, als sie eigentlich aufgrund ihrer Fähigkeiten imstande wären. Dieses Phänomen betrifft bei weitem nicht nur Kinder, die auf dem Weg zum Gymnasium sind oder dort bleiben sollen, sondern auch Langsamler mit deutlichen Leistungsschwächen, deren Eltern mit allen Mitteln auf die Sekundarschule pochen, oder Kinder mit Lernschwierigkeiten, welche nonstop zu guten Leistungen angehalten werden.

Dies alles trägt dazu bei, junge Menschen in einen Weg zu drängen, der mit Angst vor Misserfolgen und Nichtgenügen gepflastert ist, Möglichkeiten zur Selbstbestimmung beiseiteschubst und Kinder in ihrem Selbstvertrauen lähmt. Solche Erfahrungen haben die Bedingungen des Aufwachsens unserer Jugend in den letzten beiden Jahrzehnten drastisch verändert.

Psychischer Druck

Um nicht falsch verstanden zu werden: Es geht nicht um eine Aufforderung zum Mittel-mass! Weder Hochleistung noch hohe Erwartungen von Schulen, Lehrkräften und Eltern sind per se negative Phänomene. Hohe Erwartungen sind für eine erfolgreiche schulische Laufbahn wichtig – dies ist eine wissenschaftlich vielfach bestätigte Tatsache. Es gibt Kinder mit Hochleistung, die gerne zur Schule gehen, seelisch in ausgewogener Verfassung sind und ein gutes Selbstwertgefühl haben. Sie sind intrinsisch motiviert und wissensdurstig, so dass sie von Eltern und Lehrkräften manchmal fast gebremst werden müssen. Doch solche Kinder gibt es eher wenige.

Das Hauptproblem mancher Kinder liegt im ausgepressten Leistungspotenzial. Diese Situation hat Konsequenzen, die weiter reichen als der Blick auf ihre oftmals überforderten



Psychen. Im Zentrum steht die Optimierungs- und Hochleistungskultur, die zum gesellschaftlichen Mandat geworden ist. Es hat vom Bildungssystem auf Familien und Kinder übergegriffen und will uns weismachen, dass es normal ist, wenn Kinder so viel leisten müssen. Gäbe es nicht die permanente Nachhilfe und Lernstudios, die Coaching-Angebote und die verschiedensten Therapien, könnte der Nachwuchs die an ihn herangetragenen Leistungserwartungen kaum mehr stemmen.

Es ist an der Zeit, einen Diskurs über das Hoch- und Überleistersyndrom zu führen und es mit den Vorgaben des Bildungssystems in einen Zusammenhang zu bringen. Erst wenn wir die Fixpunkte unserer Optimierungsgesellschaft hinterfragen, kann deutlich werden, dass weder Intelligenz noch Schulnoten das Mass aller Dinge sind, sondern die authentische Entwicklung des Kindes. Authentische Kinder haben nicht nur ein Recht auf Bildung, sondern auch ein Recht auf die Entwicklung des ihren Fähigkeiten angemessenen Leistungspotenzials – aber auch ein Recht darauf, nur durchschnittlich zu sein und auch einmal zu scheitern.

Margrit Stamm ist emeritierte Professorin für Erziehungswissenschaften an der Universität Freiburg i. Ü. Zuletzt ist 2020 erschienen: «Erziehung – Väter – Mütter» (Piper-Verlag).

Haltungsnoten statt Leistungsmessung

Cicero, 20. Mai 2021, von Rainer Werner

„Kreative“, politisch forcierte Lernformen genießen einen großen Vertrauensvorschuss. Dabei ist ihre Wirksamkeit nicht erwiesen. Die Veröffentlichung von Schulleistungsdaten könnte Klarheit schaffen.

Schöne neue Schülerwelt: Lernwerkstatt, Logbuch, Lernbüro, Lerntheke, Förderband – mit solchen erfinderischen Lernmethoden werben die sieben Schulen, die am 10. Mai 2021 mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet worden sind. Er wird alljährlich von der Robert Bosch Stiftung, der Heidehof Stiftung, der ARD und der ZEIT-Verlagsgruppe verliehen. Schirmherr ist der Bundespräsident. Wenn es darum geht, ihre Pädagogik griffig zu beschreiben, sind die preisgekrönten Schulen um Superlative nicht verlegen: Ihre Schulkultur sei demokratisch und vielfältig; ihre Pädagogik achtsam und kooperativ; ihr Anspruch antirassistisch, gewaltpräventiv und nachhaltig.

Nach einer Information jedoch sucht man auf der Website der Schulen allerdings vergeblich: nach den von den Schülern erbrachten Leistungen. Keine der mit dem Schulpreis ausgezeichneten Schulen hat auf ihrer Website die Schulleistungsdaten der vergangenen Jahre veröffentlicht. Nach den Ergebnissen des IQB-Bildungstrends, der VERA-Vergleichstests und – nur in Hamburg – von KESS und KERMIT sucht man vergeblich. Eltern wüssten sicher auch gerne, wie hoch die Quote der Schüler ist, die die Schule nach der 10. Klasse ohne Abschluss verlassen.

Im „Handbuch Gute Schule“, welches die Jury des Deutschen Schulpreises ihrem Urteil zugrunde legt, steht an prominenter Stelle, Leistung sei ein „wichtiges Qualitätsmerkmal guter Schulen“. Ziel eines guten Unterrichts müsse die „Lernwirksamkeit“ sein. Bei ihrer Preisvergabe hat sich die Jury an diese Prämisse offensichtlich nicht gehalten. Sie hat die von den Preisträgerschulen angepriesenen „innovativen Schulkonzepte“ beim Wort genommen, ohne ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Gewürdigt wurden „individuelle Förderung“, das Bemühen um „Bildungsgerechtigkeit“, „selbstorganisiertes Lernen“, die „Stärkung von Teams“ und digitale Fitness. Leistung ist im Bildungsbereich offensichtlich



zu einem Unwort geworden, das man tunlichst vermeidet.

Haltungsnoten statt Leistungsüberprüfung

In der Presse wurden die prämierten Schulen euphorisch gefeiert und dem Rest der Republik als Vorzeigeschulen empfohlen. Auch Journalisten lassen sich gerne von der polierten Oberfläche einer Schule begeistern. Ideen, die als „kreativ“, und Lernformen, die als „schülerzugewandt“ angepriesen werden, finden immer Zustimmung. Letztlich vergeben Journalisten mit ihrem Lob Haltungsnoten, die über das, was beim Lernen wirklich wichtig ist – den Zuwachs an Wissen und Kompetenz – nichts aussagen. Es wäre so, als würde man beim Fußballspiel künftig auf die Spielresultate verzichten und stattdessen die Performance der Spieler bewerten: „dribbelstarker Spieler im Eins-gegen-Eins“ oder „passsicherer Stratege im Mittelfeld“. Schon Bertolt Brecht wusste, dass man sich bei der Beurteilung einer Institution nicht mit der Betrachtung der Fassade begnügen darf: „Eine Photographie der Krupp-Werke oder der AEG ergibt beinahe nichts über diese Institute.“ (Brecht: „Über Film“)

Um die Leistungsfähigkeit einer Schule ermessen zu können, muss man den Wirkungsgrad des Unterrichts in Erfahrung bringen, der an der Schule stattfindet. Nur so erkennt man, ob die praktizierten Lehr- und Lernmethoden geeignet sind, den Schülern das Wissen zu vermitteln, das sie für einen qualifizierten Schulabschluss benötigen. Abschluss darüber geben die Schulabschlusssdaten und die Ergebnisse der bundesweiten Vergleichstests.

Politisch erwünscht – aber unwirksam

Wie sich eine Schulverwaltung jahrelang ungestört der Illusion hingeben kann, ihr Werk sei von Erfolg gekrönt, zeigt das Beispiel Berlin. Im bundesdeutschen Schulvergleich tragen Berlins Schulen seit mehr als zehn Jahren die Rote Laterne. Um die Schulen endlich aus der Dauermisere herauszuführen, hat Schulsenatorin Sandra Scheeres (SPD) vor zwei Jahren eine Expertenkommission unter Leitung des Kieler Bildungsforschers Olaf Köller eingesetzt. Im Oktober 2020 hat die Kommission ihre Ergebnisse öffentlich vorgestellt.

Die Wissenschaftler sprechen von der „ausbleibenden Wirksamkeit“ der in den vergangenen Jahren an Berlins Schulen praktizierten Lernkonzepte. Im Kapitel „Unterrichtsqualität“ wird festgestellt, maßgeblich für die Qualität von Unterricht seien nicht die „Oberflächenstrukturen, z.B. die Frage, ob Stationenlernen oder Klassengespräche den Unterricht bestimmen, sondern die sogenannten Tiefenstrukturen“. Damit ist das gemeint, was die Bildungsforschung „kognitive Aktivierung“ nennt. Die Schüler werden mit einem Lerngegenstand konfrontiert, den sie unter Anleitung des Lehrers geistig erschließen.

Es geht also um intellektuelles Verstehen und um die Speicherung des Gelernten im Gedächtnis. Einer Unterrichtsmethode Unwirksamkeit zu attestieren, ist das härteste Urteil, das in der Pädagogik möglich ist. Man muss es sich vergegenwärtigen: Jahrelang haben Berlins Lehrer Lernmethoden angewandt, die zwar politisch erwünscht waren, die aber den Schülern nicht das nötige Wissen vermittelt haben. Es gehört zu den Eigenarten der „schülerzugewandten“ Pädagogik, dass sie keine Rechenschaft ablegen muss, ob ihre „kreativen“ Methoden überhaupt wirksam sind. Da diese Methoden bei vielen Pädagogen per se als wünschenswert gelten, ist man geneigt, ihnen einen unbegrenzten Vertrauensvorschuss zu gewähren. Die hohe Zahl an Schulabbrechern in Deutschland spricht allerdings eine andere Sprache.

[Mehr...](#)



Pro und contra «Schulfamilie»

NZZ 28.5.2021, Meinung & Debatte, Leserbriefe

Das Grundproblem beim Städtzürcher Tagesschulmodell sind die unsauberen Begrifflichkeiten. Es gibt weder eine «Tagesschule light» noch eine «Tagesschule vollfett». Neben herkömmlichen Volksschulen gibt es solche mit Tagesstrukturen. Das sind Angebote wie ein Mittagstisch, die flexibel und freiwillig sind. An eigentlichen, integrativen Tagesschulen sind alle Angebote ausserhalb des Unterrichts in den Betrieb eingebunden. Die Kernzeiten sind für alle Kinder verbindlich. Diese Schulen leben ein gesamtpädagogisches Konzept und funktionieren nur, wenn sich die Eltern für eine bestimmte Zeit verpflichten, ihre Kinder am gesamten Kernprogramm teilnehmen zu lassen.

Das Städtzürcher Modell liegt nun leider zwischen Schule mit Tagesstrukturen und Tagesschule, was ihm den Namen «Tagesschule light» eingebracht hat. Diese Zwitterstellung ist Folge eines politischen Kompromisses zwischen linken und bürgerlichen Kreisen. Sie ist aber unglücklich, da sie zu einem flächendeckenden Modell mit Abmeldemöglichkeit geführt hat, also freiwillige und obligatorische Elemente mischt.

Wir von der IG Pro Tagesschulen erachten die integrative Tagesschule als moderne Weiterentwicklung der bewährten Volksschule. Ihr Besuch muss freiwillig, aber für eine bestimmte Dauer verbindlich sein. Dies ist nicht nur aus organisatorischen, sondern auch aus pädagogischen Gründen unerlässlich. Wir sind daher dezidiert der Meinung, dass den Eltern die beiden Schulmodelle – die integrative Tagesschule zum einen und die Schule mit Tagesstrukturen zum andern – zur freien Wahl angeboten werden sollen.

Eine moderne, aufgeschlossene und sich global gebende Gesellschaft, wie das weite Teile der Bevölkerung in der Stadt Zürich gerne verkörpern, muss sich integrative Tagesschulen leisten können. Das ist keine linke Vorstellung, sondern liegt auch im ureigenen Interesse von gut ausgebildeten bürgerlichen Familien, welche Beruf und Familie besser vereinbaren könnten, wenn sie ihre Kinder pädagogisch optimal betreut wüssten.

Barbara Custer, Franziska Frey-Wettstein, Christoph Vollenweider, Zürich

Als Mutter von drei kleinen Kindern in der Stadt Zürich setze ich mich zwangsläufig mit dem Projekt «Tagesschule 2025» auseinander. Je länger ich mich damit beschäftigt habe, desto grösser ist meine Ablehnung geworden. Am meisten stösst mir der Begriff der «Schule als Grossfamilie» sauer auf. Eine Schule ersetzt keine Familie! Gerade jüngere Kinder brauchen den Rückzugsort, die Geborgenheit, ein liebevolles gemeinsames Mittagessen, auch wenn es nach dem Wunsch meiner Kinder täglich aus Nudeln mit Butter bestehen sollte. Der Evaluationsbericht zur zweiten Pilotphase bestätigt, dass die Mittagsbetreuung vor allem den Bedürfnissen der jüngeren Kinder nicht gerecht wird. 83 Prozent der befragten Lehrpersonen sind der Meinung, dass der Tagesschulbetrieb für die Schüler ermüdend sei. Jeder, der Kinder hat, weiss: Die Tage sind lang, aber die Jahre sind kurz. Diese so kurzen wie prägenden Jahre und die meistens schönen Tage möchte ich in unserer Familie nutzen. Dass diejenigen, die ihre Kinder zu Mittag gerne im Familienkreis haben möchten, für diese Entscheidung mit einer um 30 Prozent gekürzten Mittagspause «bestraft» werden, zeigt, dass von Freiwilligkeit eigentlich keine Rede ist. Ich habe meine Kinder von der Tagesschule abgemeldet. Bei Bedarf gibt es ja zum Glück noch den flexiblen Hort.

Alice Silich-Salburg, Zürich

1990 wurden in der Stadt Zürich im Rahmen eines Pilotprojekts drei Tagesschulen eröffnet, um Daten und Erfahrungen mit dem Tagesschulbetrieb zu sammeln. Eine davon war die Schule meiner drei Kinder. Alle 120 Schülerinnen und Schüler nahmen zusammen das Mittagessen ein und blieben bis mindestens nach der Aufgabenstunde. Es waren dort



Kinder von Alleinerziehenden bis zu solchen von Eltern, von denen ein Elternteil zu Hause war. Die Kinder waren bei engagierten Lehrern und Betreuerinnen sehr gut aufgehoben. Besagte Tagesschule in Zürich Seebach existiert heute noch beziehungsweise ist wiederum eine der Pilotschulen von «Tagesschule 2025». Ich bin erstaunt, dass nach 31 Jahren Erfahrung immer noch Pilotprojekte im Gange sind. Interessant wäre zu wissen, wie viel Evaluationsberichte von Externen und Internen in Schubladen verstauben, mit Computerwechsellern entsorgt wurden oder vergessen gegangen sind und was das alles gekostet hat.

Iveta Osusky, Rüti (ZH)

Die Maskenpflicht an Schulen wirkt doch

Tages-Anzeiger 3.6.2021, Schweiz, Edgar Schuler

Corona-Lockerungen Zürcher Daten zeigen: Der Gesichtsschutz dämmt Infektionen ein.

Im Aargau, in Zug und Graubünden ist die Maskenpflicht an den Primarschulen seit kurzem aufgehoben. Damit gilt sie nur noch in wenigen Kantonen, unter anderen in Zürich. Für Thomas Minder, Präsident des Verbands Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz, ist damit die Zeit gekommen, die Maskenpflicht an den Primar- und Sekundarschulen generell aufzuheben: «Es wäre schön, wenn alle Kantone nachziehen würden», sagte er der SRF-«Tagesschau».

Auf Anfrage kritisiert Minder das uneinheitliche Vorgehen innerhalb der Schweiz. Er sagt: «In anderen Bereichen, wo der Bund entscheidet, erfolgen ebenfalls Lockerungen: Restaurantbesuche sind ohne Maske möglich.» Es sei bekannt, dass Ansteckungen vor allem im privaten Rahmen passierten. «In den Schulen sind Kinder vor allem von Erwachsenen angesteckt worden und nicht umgekehrt. Somit dürfen die Massnahmen für Schülerinnen und Schüler gelockert werden.»

SVP: «Kinderquälerei»

Die lockernden Kantone argumentieren ähnlich. Für St. Gallen ist die Massnahme «nicht mehr verhältnismässig». In einer Mitteilung schreibt der Kanton, die Maskenpflicht erübrige sich, «nachdem Lehrpersonen ab Alter 50 die Möglichkeit hatten, sich gegen Covid-19 impfen zu lassen». Der Kanton Zug testet an den Schulen regelmässig und folgt der Empfehlung seines Kantonsarztes Rudolf Hauri. Graubünden begründet die Aufhebung ebenfalls mit seinem Testregime, an dem 95 Prozent der Schulen teilnehmen. «Die grosse Mehrzahl der Testergebnisse ist negativ», schreibt der Kanton.

Für die SVP ist die Maskenpflicht an den Schulen heute sowieso nur noch «Kinderquälerei». Die Massnahme sei reine Willkür und weder evidenzbasiert noch mit der epidemiologischen Lage zu rechtfertigen, sagt Nationalrat Thomas Matter.

Für Dagmar Rösler dagegen, die Präsidentin des Verbands der Lehrerinnen und Lehrer in der Schweiz, kommt die Lockerung zu früh. Die Corona-Situation sei noch nicht ausgestanden, sagte sie der «Tagesschau», es komme nach wie vor zu Ansteckungen an den Schulen.

Der Kanton Zürich will an der Maskenpflicht in der Primar- und Sekundarschule nach wie vor festhalten. Nur im Freien dürfen die Schülerinnen und Schüler die Masken neu ausziehen. Masken auf der Mittelstufe wie auch auf den oberen Schulstufen seien «ein



effektives Mittel gegen die Verbreitung von Infektionen», sagt die Zürcher Bildungsdirektion. «Die Maskenpflicht trägt wesentlich dazu bei, dass der Schulbetrieb möglichst uneingeschränkt erfolgen kann.»

Der Kanton verweist auf eine Studie der Epidemiologin Susi Kriemler vom Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Universität Zürich. Sie hat die Daten zu Klassenquarantänen ausgewertet. Es zeigt sich ein auffälliges Bild: Im Kindergarten und in der Unterstufe, wo keine Maskenpflicht gilt, kam es zu mehr Ansteckungen als an der Mittel- und Oberstufe, wo die Maske vorgeschrieben ist.

Kriemler interpretiert das vorsichtig so: «Sollten gleiche Quarantäne- und Testrichtlinien bestanden haben, könnte die höhere Betroffenheit der kleineren Kinder einen Maskeneffekt darstellen.» Sie sagt, es gehe weniger um die einzelnen Massnahmen als um ein gesamtes Massnahmenpaket, das die Infektionen reduziere. «Wichtig erscheint mir, dass auch heute möglichst wenige Massnahmen aufgehoben werden sollten.»

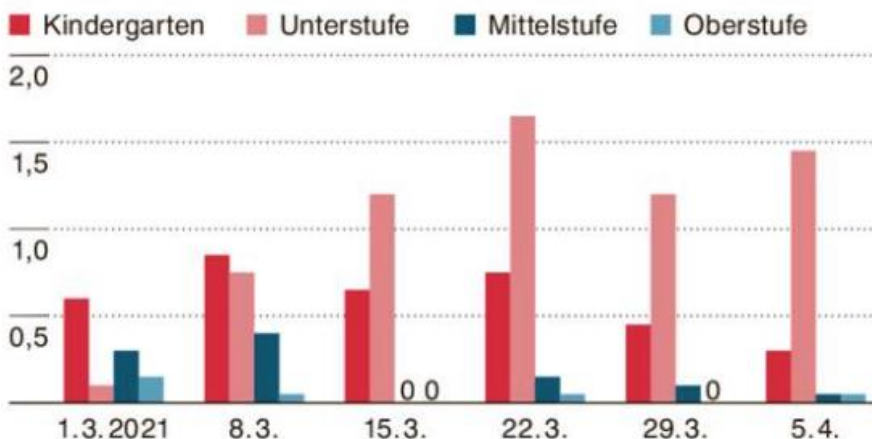
Weiterhin Massentests

Dagmar Rösler sagt, auch sie würde «lieber heute als morgen auf die Masken verzichten». In den Schulen halte man sich aber einfach noch immer mit vielen Personen in einem verhältnismässig kleinen Raum auf, was die Masken vor allem bei Jugendlichen rechtfertige. «In Kantonen, wo Lehrpersonen prioritär geimpft werden konnten oder wo gleichzeitig eine Teststrategie in den Schulen stattfindet, sind Lockerungen eher zu verantworten.»

Rudolf Hauri, der Zuger Kantonsarzt, sagte am Dienstag an der Corona-Presskonferenz des Bundes, die Maskenpflicht könne «teilweise gelockert werden - aber nicht an einem Ort, wo sich viele Menschen in einem Raum aufhalten». Um Ausbrüche zu verhindern, empfiehlt er weiterhin Massentests.

Die Maske macht den Unterschied

Anteil der Klassen in Quarantäne im Kt. ZH nach Schulstufen, in %



Maskenpflicht in Mittel- u. Oberstufe, nicht in Kindergarten u. Unterstufe

Grafik: niz, ese / Quelle: Bildungsdirektion des Kantons Zürich